

Impuls „Partizipation vor Ort“ - Expertise im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Freien und Hansestadt Hamburg

Impuls im Rahmen der Fachtagung „Inklusion durch Partizipation“; AG 3:
Partizipation in lokalen Netzwerken

In der Studie „Partizipation vor Ort“ wurde am Beispiel des Stadtstaates Hamburg untersucht, welche Beteiligungsangebote Menschen mit Migrationshintergrund unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit auf lokaler Ebene offen stehen, inwieweit diese von den verschiedenen Gruppen genutzt werden und welche reale Einflussnahme auf die Gestaltung der Lebensräume damit erzielbar ist. Dabei wurden verschiedene Ebenen in die Betrachtung einbezogen: Strukturen zur Beteiligung auf Bezirks- und Landesebene, Selbstorganisation und freiwilliges Engagement, formelle und informelle Beteiligung in den Quartieren, Mitwirkung im Bildungsbereich und parteipolitisches Engagement. Neben einer umfassenden Daten- und Dokumentenanalyse wurden zur Erfassung der Beteiligungsstrukturen, -prozesse und -ergebnisse u. a. eine schriftliche Befragung der Hamburger Migrantenorganisationen und über 90 qualitative Befragungen von Akteuren auf Bezirks- und Landesebene, Migrantenorganisationen, Stadtteilakteuren und Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund vorgenommen.

Zentrale Ergebnisse zur quartiersbezogenen Partizipation

In die quartiersbezogene Untersuchung wurden sechs Gebiete mit besonderen Problemlagen einbezogen. Deren Auswahl war durch den Auftraggeber vorgegeben und orientierte sich an aktuellen oder abgeschlossenen Aktivitäten im Rahmen von Programmen der Stadterneuerung. Insofern richtete sich das Untersuchungsinteresse auf die Partizipation von Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund an Aktivitäten und Gremien aus diesem Kontext. Im Ergebnis der Untersuchung zeigte sich, dass Migrantinnen und Migranten in den Quartiers- und Stadtteilgremien, in denen u. a. über die Vergabe von Mitteln aus Verfügungsfonds für quartiersbezogene Vorhaben entschieden wird, deutlich unterrepräsentiert waren. An allgemeinen Beschlüssen zu lokalen/kommunalen Fragen in den Quartiers- und Stadtteilgremien waren Migrantinnen und Migranten in den letzten zwei Jahren gar nicht oder nur selten beteiligt. Etwas höher fiel ihre Beteiligung an Beschlussfassungen zu Projektanträgen aus. Häufigste Bezugsländer von beteiligten Migrantinnen und Migranten waren die Türkei und Russland. Auffällig wenig oder gar nicht beteiligt waren Bewohnerinnen und Bewohner mit einem afrikanischen oder südeuropäischen Bezugsland. Beteiligungshemmnisse stellten

von Seiten der Migrantinnen und Migranten Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache, geringe Kenntnisse über Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort, fehlende Erfahrungen mit den Beteiligungsstrukturen und der Diskussionskultur in Deutschland, Erfahrung von Diskriminierung und zum Teil bestehende soziale Kontrolle im familiären oder herkunftslandbezogenen Netzwerk dar. Von Seiten der Stadtteilakteure und Stadtteilbüros wirkten vor allem fehlende interkulturelle Öffnung, geringe Kenntnisse über die migrantische Bevölkerung und mangelnde personelle Ressourcen als Hemmnisse. Auf den Beteiligungsprozess positiv wirkten sich dagegen die Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen oder Akteuren mit Migrationshintergrund, aufsuchende und aktivierende Befragungen sowie die informellere Ausgestaltung von Beteiligungsgremien aus.

Für informelle Veranstaltungen, wie Stadtteilstefen, Grillnachmittage oder kulturelle Aktivitäten waren Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund im sehr viel größeren Umfang zu gewinnen. Darüber hinaus waren auf Quartiersebene verschiedene Eigeninitiativen von Migrant*innen und Migranten zu finden, auf denen aufgebaut werden kann. Positive Beispiele sind hier ein internationales Frauenfrühstück, bei dem soziale oder stadtteilbezogene Themen diskutiert und gemeinsame Aktivitäten organisiert werden, sowie die Pflege von Grünflächen.

Zentrale Ergebnisse der Befragung von Migrant*innenorganisationen

In Kooperation mit der ehemaligen Leitstelle für Integration und Zivilgesellschaft der Hansestadt Hamburg wurden 279 Migrant*innenorganisationen und interkulturelle Vereine angeschrieben, von denen 67 antworteten, was einem Rücklauf von 24% entspricht. Im Ergebnis der Befragung zeigte sich, dass die räumliche Bezugsebene des Engagements von Migrant*innenorganisationen in der Regel die gesamtstädtische Ebene darstellt, sie aber dennoch für stadtteilbezogene Aktivitäten gewonnen werden können. Zentrale Engagementbereiche der Selbstorganisationen stellen die Pflege der eigenen Kultur oder Religion, Bildung und Jugendarbeit, die Versorgung älterer Menschen sowie lokale Ökonomie dar. In den formellen Netzwerken und Strukturen der Freiwilligenarbeit waren Migrant*innen(-organisationen) bisher nur geringfügig vertreten. Dies lässt sich zum einen dadurch erklären, dass die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten den Migrant*innenorganisationen nur zu einem geringen Teil bekannt sind und zum anderen dadurch, dass die personellen Kapazitäten und finanziellen Ressourcen der Migrant*innenorganisationen äußerst begrenzt sind. Die bisherigen Erfahrungen im Rahmen der Beteiligungsprozesse und die Unterstützung durch Verwaltung und Politik wurden von den Migrant*innenorganisationen zurückhaltend bewertet, wobei in den letzten Jahren aber größtenteils eine Verbesserung wahrgenommen wird. Um eine weitergehende

Beteiligung zu ermöglichen, bedarf es neben einer finanziellen Förderung einer verbesserten Information und Beratung sowie einer stärkeren Anerkennung des bisherigen Engagements.

Das Forschungsprojekt „Partizipation vor Ort“ wurde im Auftrag des BAMF und der Hansestadt Hamburg gemeinsam vom IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (Dr. Reinhard Aehnelt und Kristin Schwarze) und dem Projektbüro für sozialwissenschaftliche Studien (Emilija Mitrović) bearbeitet. Weitere Informationen zum Projekt und die Studie können Sie der Internetseite des BAMF entnehmen.

Autorin Kristin Schwarze ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (IfS) in Berlin.

Kontakt: schwarze@ifsberlin.de